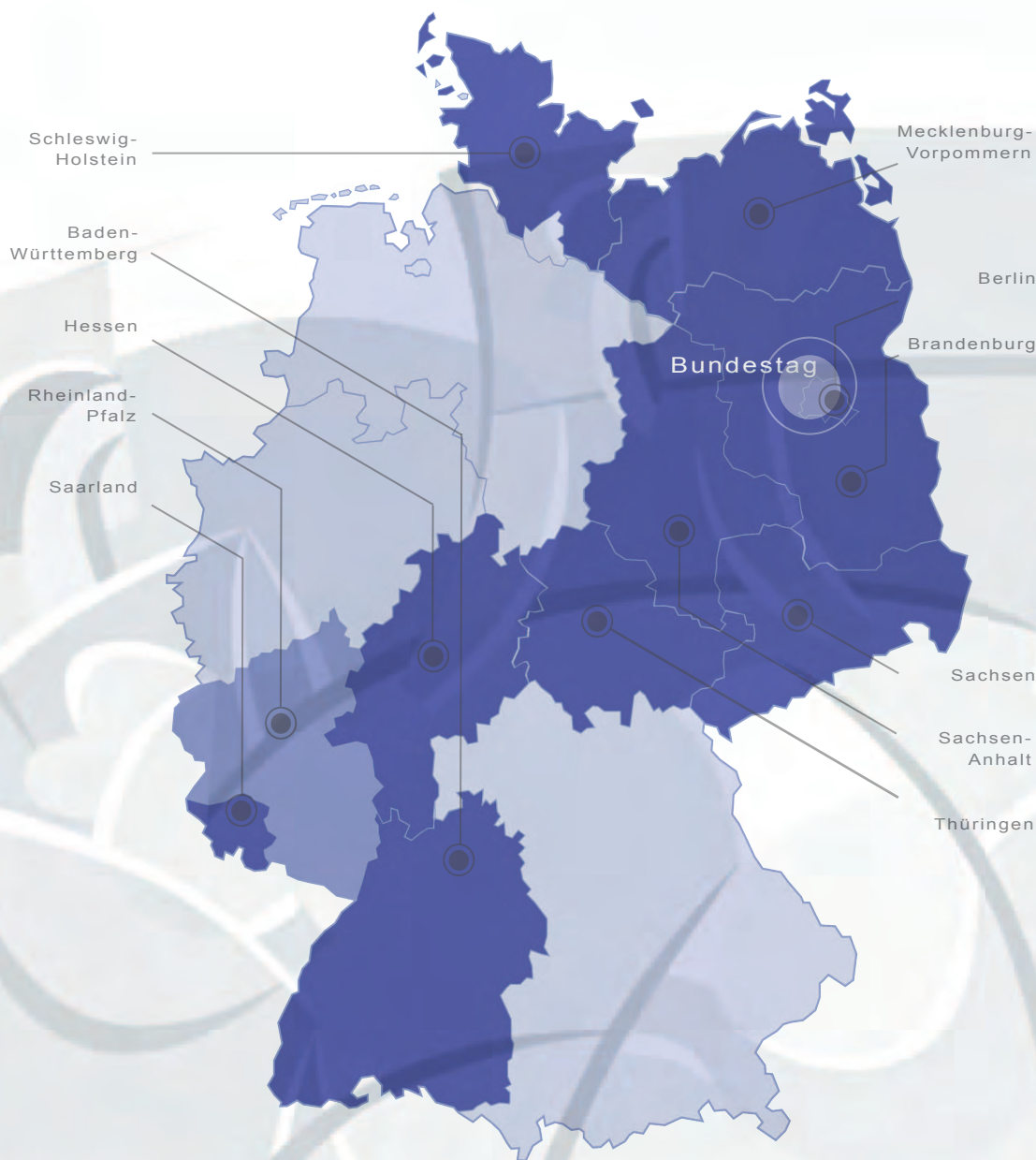


Teilprojekt A3:
Delegationseliten nach dem
Systemumbruch

Zwischenauswertung der
**Deutschen Abgeordnetenbefragung
2003/04**



Gesamtergebnis



Friedrich-Schiller-Universität Jena
Sonderforschungsbereich 580
Teilprojekt A3:
Delegationseleiten nach dem Systemumbruch

Das Projekt ist Teil des europäischen Forschungsnetzwerks „European Political Elites in Comparison: The Long Road to Convergence.“ (EurElite)

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat nach positiver Begutachtung durch externe Wissenschaftler und Experten im Frühjahr 2004 entschieden, das Teilprojekt A3 des SFB 580 in der 2. Antragsperiode für weitere vier Jahre zu fördern.

Inhaltsverzeichnis

Befragungsziele	3
Forschungsdesign	4
Ausschöpfungsquoten	5
Zufriedenheit mit dem Mandat	6
Rollenverständnis	7
Fraktionsdisziplin	9
Einstellungen zu politischen Streitfragen	10
Bewertung politischer Verfahren	12
Frauen im Parlament	14
Gründe politischen Engagements	15
Mandat und Beruf	16
Berufliche Zukunft nach Mandat	18

Befragungsziele

Ein wissenschaftlich solides und wirklichkeitsnahes Bild der parlamentarischen Demokratie und ihrer Akteure wird nur zeichnen können, wer auch mit den Perspektiven von Parlamentariern, ihren Einschätzungen und ihren (Selbst-)Wahrnehmungen vertraut ist. Entsprechend stellen Erkenntnisse über Bewertungen und Erfahrungen der gewählten Repräsentanten in den Landtagen, im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament (deutsche Mitglieder) das zentrale Anliegen der Deutschen Abgeordnetenbefragung 2003/04 dar.

Unsere Befragung, die mittels computerunterstützter Telefoninterviews im Herbst und Winter 2003/04 durchgeführt wurde, hatte drei Schwerpunkte:

1. Politischer Werdegang und Weg ins Mandat

- politische Erfahrungen und Parteifunktionen vor Mandat
- Barrieren und Quellen der Unterstützung auf dem Weg ins Mandat
- politische Zukunftspläne

2. Rollenverständnis als Abgeordnete(r) und Ausübung des Mandats

- Repräsentationsverständnis und -verhalten
- Verhältnis zur eigenen und zu anderen Fraktionen
- Bewertung der Institution Parlament und etwaiger Parlamentsreformen

3. Politische Einstellungen und Bewertung politischer Institutionen

- politische Grundeinstellungen
- Einstellungen zur Politikgestaltung und zum demokratischen Prozess
- Positionen zu einzelnen politischen Themen/Streitfragen

© SFB 580/A3 Universität Jena

Darüber hinaus wurden im Rahmen der Erhebung weitere Themenfelder angesprochen:

- ▶ die generelle Mandatzufriedenheit
- ▶ die soziale Herkunft (Bildung, Beruf und politische Präferenzen der Eltern)
- ▶ die Bedeutung beruflicher Erfahrungen/Qualifikationen für den politischen Werdegang
- ▶ Politik als Beruf

Für die Zwecke dieser Zwischenauswertung ist der Schwerpunkt auf das Rollenverständnis der Abgeordneten und ihre politischen Orientierungen gelegt worden.

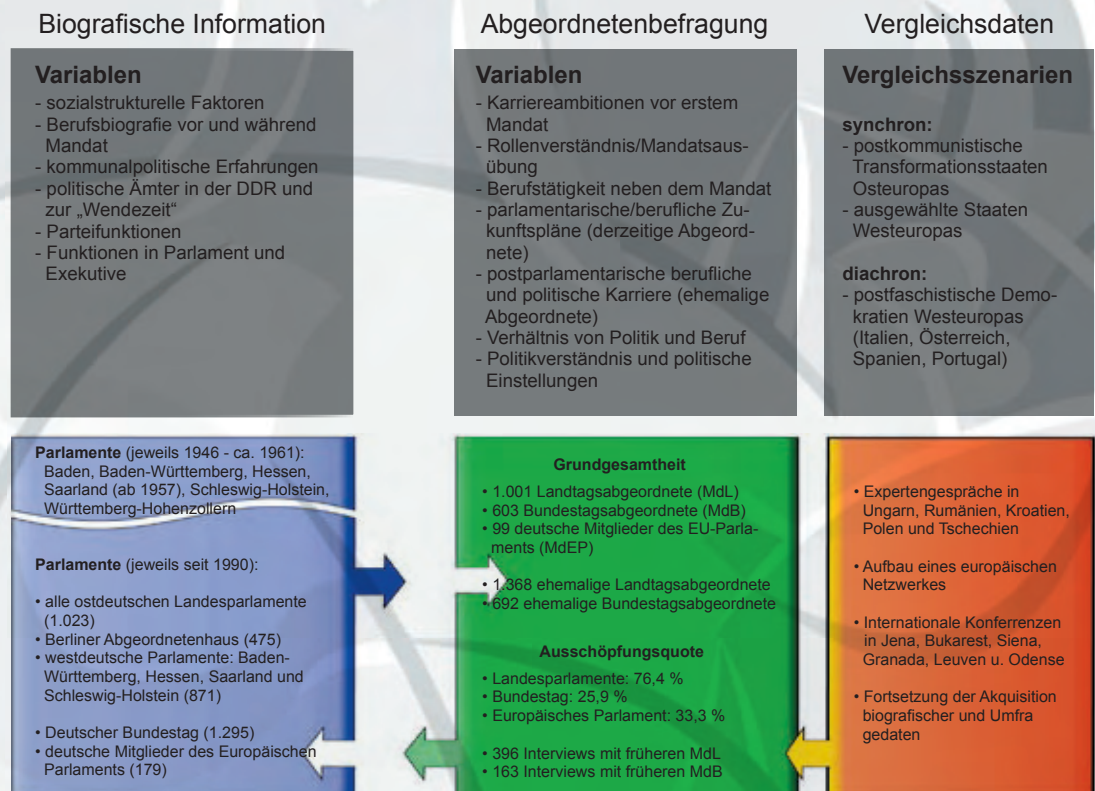
Forschungsdesign

Die Abgeordnetenbefragung als Teil der Forschung zu parlamentarischen Führungsgruppen

Das Kernanliegen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsprojekts zu parlamentarischen Führungsgruppen ist die Analyse von Rekrutierungsmustern, Karrierepfaden und politischen Orientierungen der Abgeordneten in Ost- und Westdeutschland seit der Vereinigung. Mit seinen Ergebnissen möchte das Projekt zu einem besseren Verständnis von Entwicklungen der parlamentarischen Demokratie und ihrer Akteure beitragen.

Die Abgeordnetenbefragung 2003/04 stellt dabei den zentralen von insgesamt drei Pfeilern des Untersuchungsdesigns bzw. der Datenstruktur dar (siehe Grafik). Sie bietet Informationen über Wahrnehmung, Einstellungen und Bewertungen sowie Verhaltensdispositionen, wie sie nur von den Parlamentariern selbst zu erfahren sind. Ergänzt wird diese Erhebung durch die ebenfalls 2003 erfolgte Befragung ehemaliger Abgeordneter. Karrierewege und -stationen bilden hingegen den Schwerpunkt der biografischen Datenbank. Anders als die Befragung ermöglicht sie eine Totalerfassung aller Parlamentarier. Als Quellen für die biografischen Angaben dienen die Parlamentshandbücher, die Homepages der Abgeordneten, einschlägige biografische Lexika sowie Angaben von Parlamenten, Parteien, Fraktionen und Wahlleitern.

Während der innerdeutsche Ost-West-, der Ebenen- und der Fraktionen-Vergleich im Zentrum des Erkenntnisinteresses stehen, hat sich das Forschungsprojekt in den vergangenen Jahren mit Erfolg um wissenschaftliche Partner für Vergleiche über die deutschen Grenzen hinaus bemüht. Durch die internationale Erweiterung unserer Forschung wird es möglich, die Untersuchungsergebnisse für ost- und westdeutsche Mandatsträger in einen gesamteuropäischen Rahmen einzuordnen.



© SFB 580/A3 Universität Jena

Ausschöpfungsquoten

Bei der Jenaer Abgeordnetenbefragung 2003/04 handelt es sich um die nach der Zahl der Befragten größte Parlamentarierbefragung seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Mit 954 vollständig realisierten Interviews (ohne die im Rahmen der Teilstudie Rheinland-Pfalz geführten) konnten noch einmal etwa 100 Abgeordnete mehr für Auskünfte gewonnen werden als Mitte der neunziger Jahre bei dem Dresdener Forschungsprojekt unter der Leitung von Werner J. Patzelt. Rechnet man die 559 Interviews mit ehemaligen Mitgliedern der Landtage und des Deutschen Bundestags hinzu, dürften hier Zwischenauswertungen von einer der umfassendsten Parlamentarierbefragungen europaweit vorliegen.

Ausschöpfungsquoten nach Parlamenten (in %)

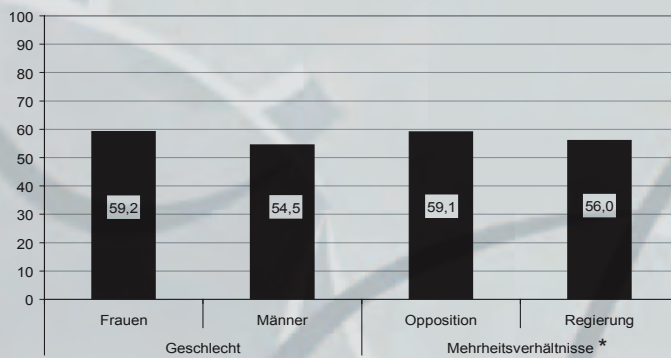
	Zahl der Abgeordneten	realisierte Interviews	Ausschöpfungsquoten
Landtage insgesamt	1.001	765	76,4
ostdeutsche Landtage	482	384	79,7
westdeutsche Landtage*	378	265	70,1
Berliner Abgeordnetenhaus	141	116	82,3
Deutscher Bundestag	603	156	25,9
Europ. Parlament (dt. MdEP)	99	33	33,3
Abgeordnete insgesamt	1703	954	56,0

* Landtage von Baden-Württemberg, Hessen, dem Saarland und Schleswig-Holstein

© SFB 580/A3 Universität Jena

Aussagekräftiger als die Zahl der Interviewten sind die erreichten Ausschöpfungsquoten. Wie aus der Tabelle ersichtlich, hat sich an der Jenaer Abgeordnetenbefragung mit 56% weit mehr als die Hälfte der 1.703 Parlamentarier aus den zwölf Parlamenten beteiligt (zum Vergleich: 43,5% bei der Dresdener Befragung). Außergewöhnlich hohe Teilnahmequoten ergaben sich – auch in Relation zu bisherigen Umfragen – für die Landtagsabgeordneten und unter diesen wiederum besonders für die ostdeutschen und die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses. Dahinter bleiben die Anteile im Deutschen Bundestag und unter den deutschen Mitgliedern des Europäischen Parlaments deutlich zurück. Während sich dadurch Verzerrungen im Ebenenvergleich von Landtagen und Bundestag ergeben, fallen die Unterschiede bei anderen Vergleichsgruppen gering aus. So entsprechen die Anteile von Frauen und Männern im Sample nahezu der tatsächlichen Verteilung im Parlament. Ähnlich nahe beieinander liegen überraschenderweise auch die Beteiligungsquoten von Regierungs- und Oppositionsfraktionen.

Ausschöpfungsquoten nach Geschlecht und Regierung/Opposition (in %)



* Europaabgeordnete nicht zugeordnet

© SFB 580/A3 Universität Jena

Hinweis:

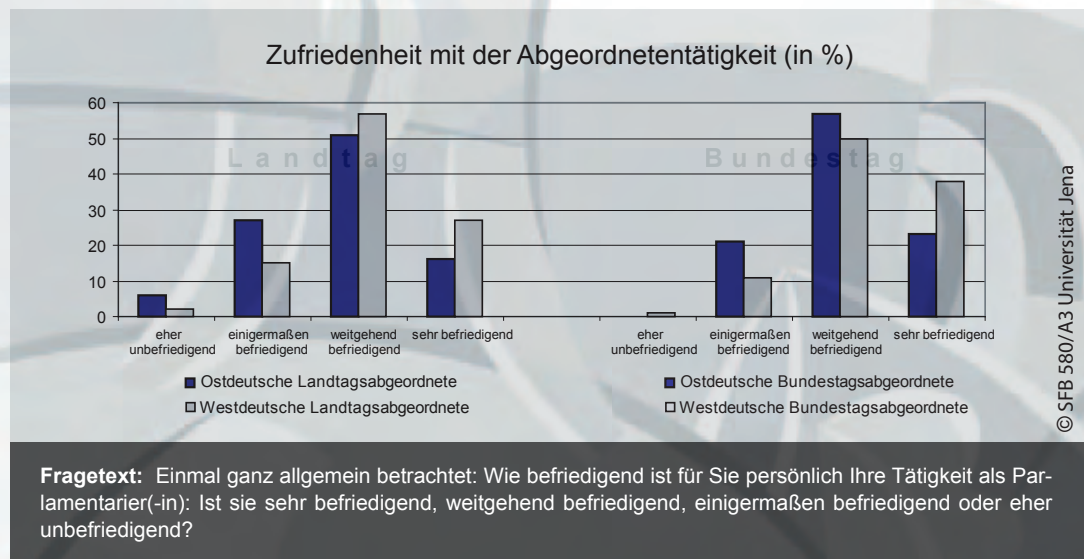
Da im Folgenden zu meist zwischen Landtagen und Bundestag sowie zwischen Ost und West unterschieden wird, ist auf eine Gewichtung der Daten verzichtet worden. Wegen ihrer geringen Fallzahl sind die Europaparlamentarier von den weiteren Analysen ausgenommen.

Zufriedenheit mit dem Mandat

„Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich.“ Dieser Satz des Klassikers der politischen Soziologie, Max Weber, bereits 1919 während seines berühmten Vortrages „Politik als Beruf“ formuliert, besitzt auch heute noch uneingeschränkte Geltung. Wohl dem, der aus dem wahrlich harten politischen Geschäft von heute noch persönliche Befriedigung zieht. Laut unserer Erhebung trifft das auf mehr als 75% aller befragten Abgeordneten zu.

Allerdings sehen sich die Parlamentarier unterschiedlicher Länder mit unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert. Dies schlägt sich auch in der Zufriedenheit mit der Abgeordnetentätigkeit nieder. Wie in der Grafik zu sehen, beziehen die westdeutschen Abgeordneten noch größere Befriedigung aus ihrem Mandat als ihre ostdeutschen Kollegen. Aber nicht nur zwischen den Ländern differiert die Zufriedenheit der Abgeordneten mit ihrer Tätigkeit. Auch zwischen Landes- und Bundesebene gibt es einen deutlichen Unterschied zugunsten der Bundestagsabgeordneten.

Dieses aus der Selbsteinschätzung der Parlamentarier gewonnene Gesamtbild der Zufriedenheit hält auch der Gegenprobe mittels Fragen nach den Problemen der Abgeordnetentätigkeiten und der empfundenen Diskrepanz zwischen erwarteten und tatsächlichen Gestaltungsmöglichkeiten stand.



Fragetext: Einmal ganz allgemein betrachtet: Wie befriedigend ist für Sie persönlich Ihre Tätigkeit als Parlamentarier(-in): Ist sie sehr befriedigend, weitgehend befriedigend, einigermaßen befriedigend oder eher unbefriedigend?

Eine detaillierte Analyse zeigt, dass vor allem die Frustration über die nach eigener Einschätzung unzureichenden Problemlösungen, die empfundene Diskrepanz zwischen erwarteten und tatsächlichen Gestaltungsmöglichkeiten sowie die Konflikte zwischen den eigenen Vorstellungen und dem, was man im politischen Alltag vertreten muss, die Zufriedenheit mit dem Mandat drücken. Interessant ist der Befund, dass von den eher unzufriedenen Parlamentariern dennoch 52% in jedem Fall für ein weiteres Mandat kandidieren wollen und weitere 28% sich einer erneuten Kandidatur zwar nicht sicher sind, aber sie auch nicht ausschließen. Aufgeben scheint demnach für den größten Teil der befragten Parlamentarier nicht in Frage zu kommen. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Mandatsträger aus den alten oder neuen Bundesländern kommen oder auf Landes- oder Bundesebene agieren.

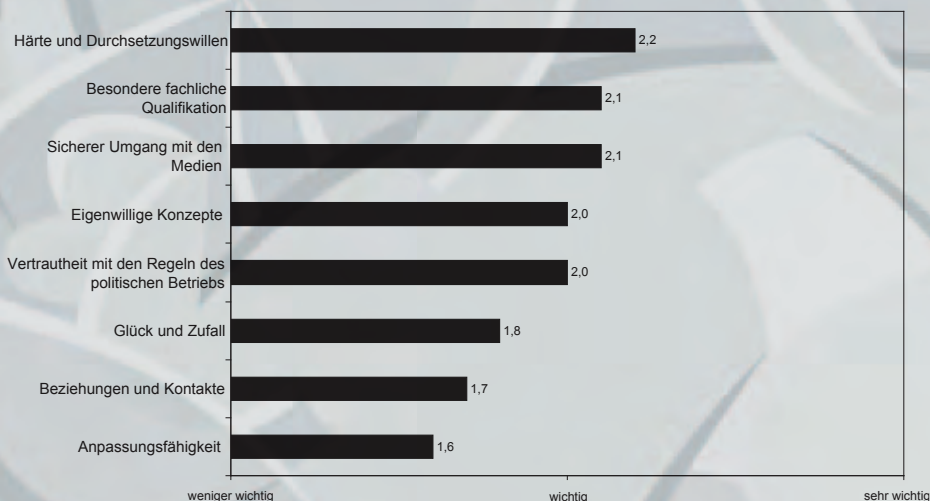
Rollenverständnis

Wichtigste Eigenschaften von Politikern

Politiker ist kein Beruf, den man in einem staatlich geprüften Ausbildungsgang oder an einer Universität erlernen kann. Dennoch scheinen bestimmte Qualitäten unabdingbar für seine Ausübung zu sein. In den Worten Max Webers kann man sagen, "dass drei Qualitäten vornehmlich entscheidend sind für den Politiker: Leidenschaft - Verantwortungsgefühl - Augenmaß." Und auch hier irrt der Klassiker der politischen Soziologie nicht. Leidenschaft als Wille gesteckte Ziele zu erreichen, gepaart mit Konsequenz bei ihrer Umsetzung sind auch aus der Sicht der befragten Parlamentarier die wichtigsten Eigenschaften auf dem Weg ins Mandat gewesen. Dass mit Leidenschaft nicht etwa eine Emotion, sondern Hingabe an die Sache gemeint ist, wird dadurch deutlich, dass als zweitwichtigste Eigenschaft eine besondere fachliche Qualifikation vorhanden sein muss, was Leidenschaft untrennbar mit Sachlichkeit verbindet - ohne Frage zwingende Voraussetzung für die mit Augenmaß auszuübende Verantwortung.

Wie unterschiedlich Selbstbild und öffentliche Wahrnehmung von Politikern sein können, wird bei den Merkmalen "Beziehungen und Kontakte" sowie "Anpassungsfähigkeit" deutlich. Gerade diese zwei Eigenschaften werden in der landläufigen Meinung Politikern am ehesten zugeschrieben, scheinen aber nach der Selbstbeobachtung der Befragten den geringsten Effekt auf die politische Karriere gehabt zu haben.

Wichtigste Eigenschaften von Politikern (Mittelwert*)



© SFB 580/A3 Universität Jena

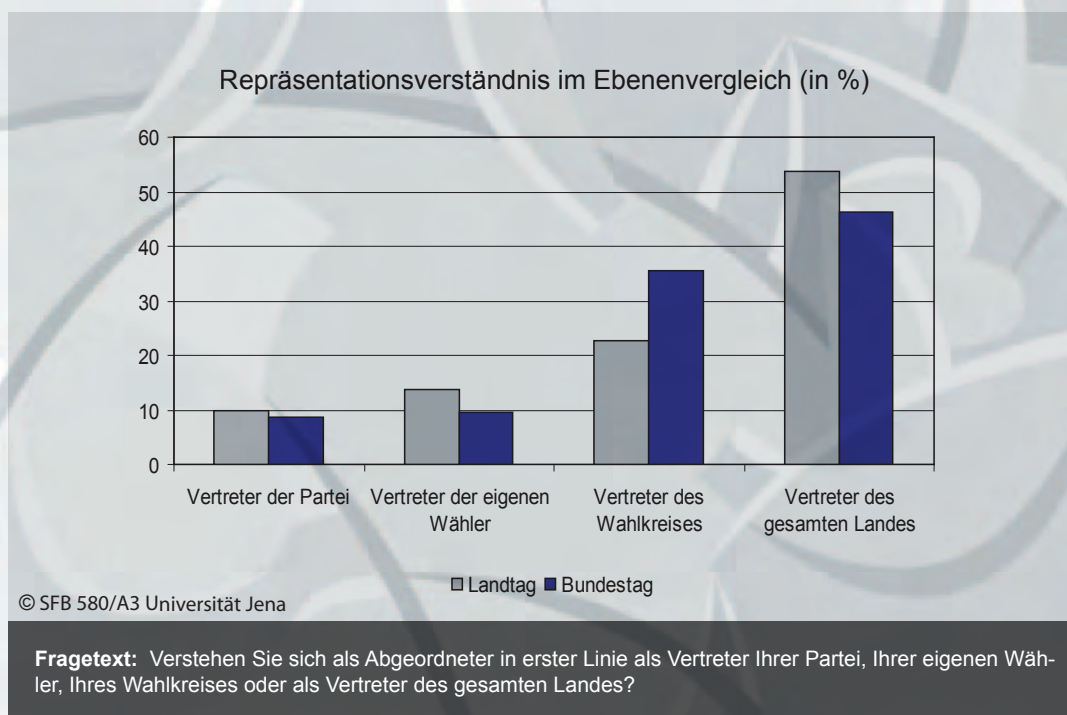
Fragetext: Wenn Sie an Ihren politischen Werdegang bis zu Ihrer heutigen Position denken, welches Gewicht hatten da folgende Faktoren [siehe Grafik]? Sind sie sehr wichtig, wichtig oder weniger wichtig gewesen? [*Mittelwerte sind auf einer Skala von 1 (weniger wichtig) über 2 (wichtig) bis 3 (sehr wichtig) einzuschätzen. Ein Mittelwert von z.B. 2,1 bedeutet, dass im Durchschnitt über alle Befragten diese Eigenschaft als wichtig beurteilt wurde.]

Rollenverständnis

Repräsentationsverständnis

Die wenigsten Parlamentarier, gleich welcher Ebene oder regionalen Herkunft, sehen sich ihrer Partei oder ihren Wählern direkt verpflichtet. Am ehesten werden die Interessen des gesamten Landes vertreten, wobei sich diese Aussage bei Landesparlamentariern auf das entsprechende Bundesland und bei Bundestagsabgeordneten auf ganz Deutschland bezieht. Bundestagsabgeordnete, wenn sie sich nicht als Vertreter des gesamten Landes begreifen, fühlen sich stärker als Landtagsabgeordnete ihrem Wahlkreis verpflichtet. Es scheint so, als wollten die Bundestagsabgeordneten, trotz oft größerer geografischer Distanz zwischen Parlament und Wahlkreis, ihre Verbundenheit und Verwurzelung mit der Heimatregion zum Ausdruck bringen. Dafür spricht auch, dass diese regionale Bezogenheit nicht nur auf die eigenen Wähler eingegrenzt wird, sondern sich eben auf den gesamten Wahlkreis erstreckt.

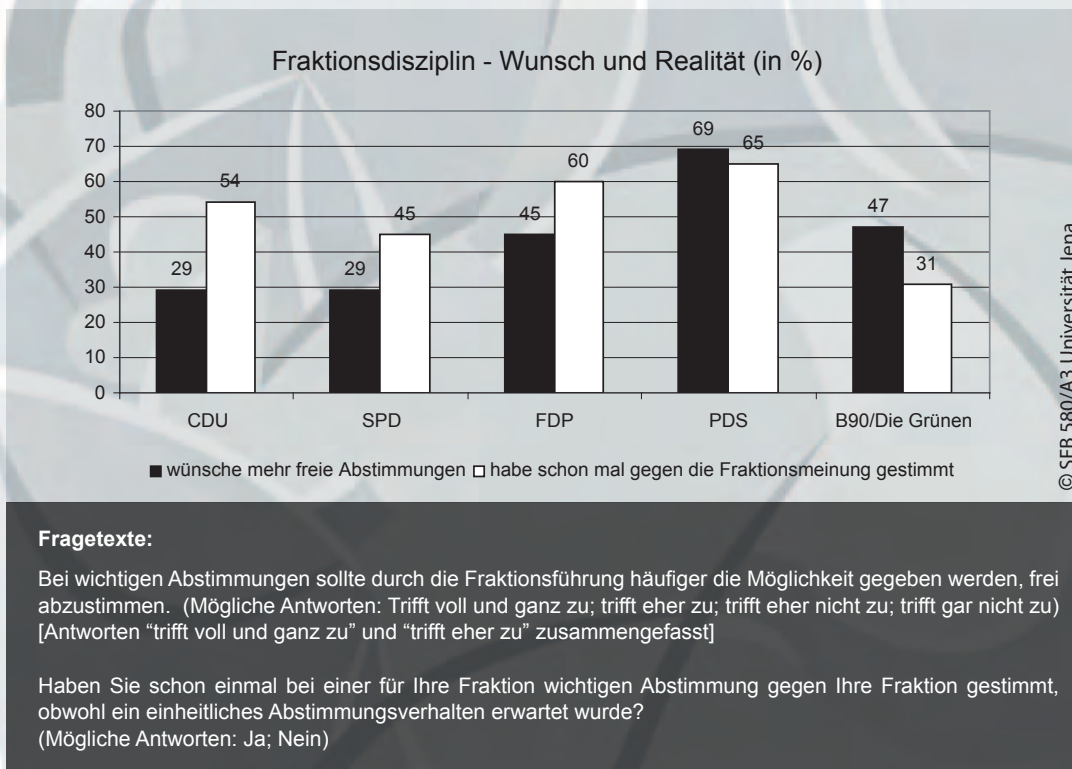
Differenziert man das bekundete Repräsentationsverständnis nach den einzelnen Parteien, ändert sich zwar wiederum nichts an der Tatsache, dass sich die meisten Abgeordneten aller Parteien als Vertreter des gesamten Landes sehen. Bei den Mandatsträgern von Bündnis 90/Die Grünen folgen aber schon an zweiter Stelle die Vertreter der Partei. Vor dem Hintergrund, dass die befragten Bündnisgrünen fast ausnahmslos über Listenplätze in das Parlament eingezogen sind, entspricht das den Erwartungen.



Fraktionsdisziplin

Im Allgemeinen sind die Abgeordneten mit der Handhabung der Fraktionsdisziplin einverstanden. Gut 63% von ihnen wünschen nicht, bei Abstimmungen häufiger die freie Wahl zu haben. Tatsächlich haben aber 51% der befragten Mandatsträger bei einer wichtigen Abstimmung schon einmal gegen die Fraktionsmeinung gestimmt. Hinsichtlich der Parteidifferenzierung ist zu sehen, dass bei den großen Volksparteien der Wunsch zur freien Abstimmung nicht so stark ausgeprägt ist wie bei den kleineren Parteien. Dennoch haben recht viele Abgeordnete von CDU und SPD schon einmal bei einer wichtigen Abstimmung gegen die Fraktionsmeinung gestimmt. Wenn diese Relation als Indikator für Fraktionsdisziplin interpretiert wird, scheint diese bei Bündnis 90/Die Grünen besonders stark ausgeprägt zu sein. Genauso denkbar ist aber auch eine große Übereinstimmung innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen hinsichtlich wichtiger Fragen.

Im Berliner Abgeordnetenhaus und im Bundestag, wo ost- und westdeutsche Abgeordnete gemeinsam vertreten sind, wurde die Frage gestellt, worin sich Ost- und Westabgeordnete hauptsächlich unterscheiden. Eine von den westdeutschen Abgeordneten häufig ihren ostdeutschen Parlamentskollegen zugeschriebene Eigenschaft war unter anderem ein recht ausgeprägtes Konsensstreben. Überprüft man diese Vermutung anhand der erhobenen Daten, muss aber festgestellt werden, dass die ostdeutschen Parlamentarier deutlich häufiger gegen die Fraktionsmeinung gestimmt haben als ihre Kollegen aus den alten Bundesländern.



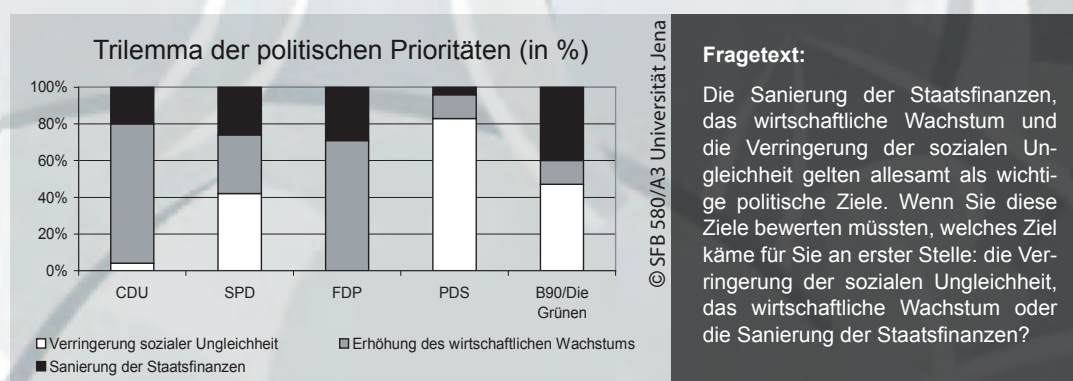
Einstellungen zu politischen Streitfragen

Das Trilemma der politischen Prioritäten: Gleichheit - Wachstum - Haushaltskonsolidierung

Am erfolgreichsten ist man sicherlich in der Politik, wenn man nach dem Grundsatz: „Allen zuliebe und niemandem zuleide“ handelt. Doch zu bestimmten politischen Fragen müssen Abgeordnete eindeutig Farbe bekennen und Prioritäten setzen.

Wie aus der Grafik ersichtlich, steht bei den CDU-Abgeordneten die Erhöhung des wirtschaftlichen Wachstums an erster Stelle der politischen Prioritäten, es folgt mit beträchtlichem Abstand die Sanierung der Staatsfinanzen. Diese Prioritätenhierarchie ändert sich auch nicht, wenn die CDU-Befragten danach unterschieden werden, ob sie in Regierungsverantwortung stehen, ob sie aus den alten oder neuen Bundesländern kommen oder auf Landes- bzw. Bundesebene agieren.

Bei der SPD lässt sich aus der Analyse der Daten nicht mit solcher Eindeutigkeit eine bestimmte politische Priorität erkennen. Die Verringerung der sozialen Ungleichheit wird zwar von den Abgeordneten der SPD am häufigsten als wichtigstes Ziel genannt, jedoch ist diese Favorisierung bei weitem nicht so klar wie bei der PDS. Halbwegs klare Prioritäten ergeben sich erst, wenn nach Ost und West getrennt analysiert wird. Allerdings gehen hier die Ansichten darüber, was dringendstes politisches Ziel ist, auseinander. Die SPD-Abgeordneten im Osten sehen die Erhöhung des Wirtschaftswachstums als wichtigstes Politikziel, bei ihren Parteikollegen aus den alten Bundesländern ist es die Verringerung der sozialen Ungleichheit.



Bei den Abgeordneten der FDP gibt es dagegen in wirtschaftlich liberaler Tradition keinerlei Zweifel darüber, dass dem wirtschaftlichen Wachstum Vorrang gebührt. Was die Liberalen von allen anderen Parteien unterscheidet ist, dass von keinem einzigen ihrer Abgeordneten die Verringerung der sozialen Ungleichheit als primäres Ziel genannt wurde.

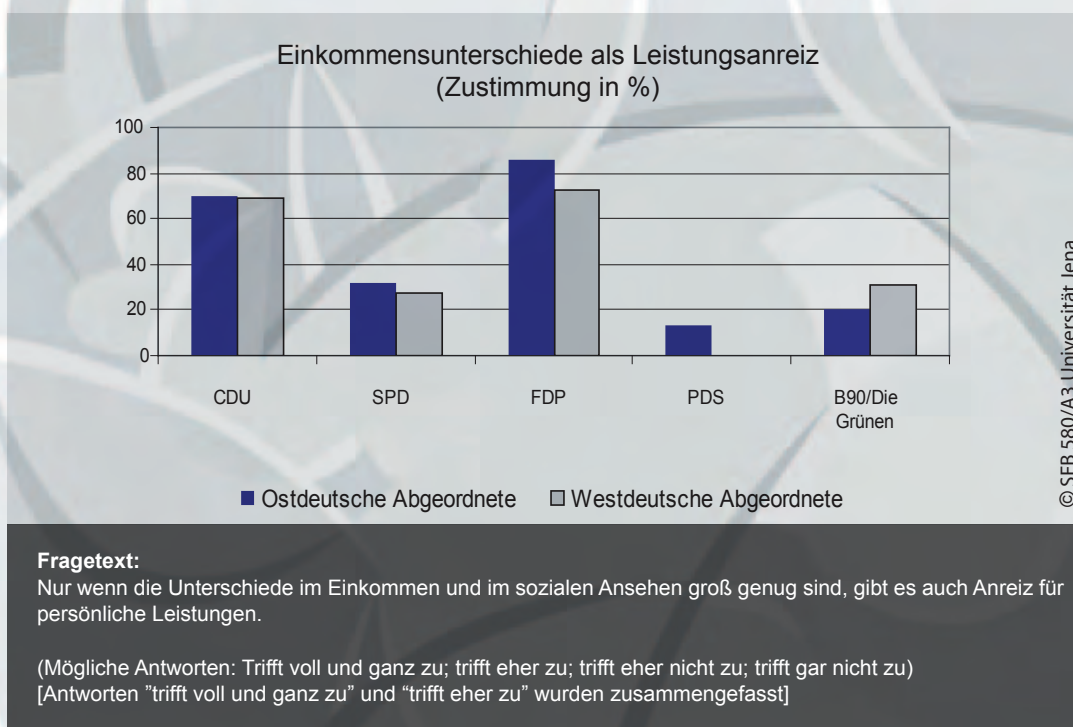
Von den PDS-Abgeordneten wurde mit Abstand am häufigsten die Verringerung der sozialen Ungleichheit als vorrangiges politisches Ziel genannt. Die PDS-Abgeordneten positionieren sich damit klar als Vertreter der sozial Schwächeren.

Bündnis 90/Die Grünen zeigen ein klareres Bild als ihr Koalitionspartner im Bundestag, aber auch hier ist nicht mit Sicherheit zwischen Verringerung der sozialen Ungleichheit und Sanierung der Staatsfinanzen als dringlichste Aufgaben der Politik zu unterscheiden. Untersucht man nur die ostdeutschen Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen, ist eine klare Präferenzordnung zugunsten der Verringerung der sozialen Ungleichheit erkennbar. Die Prioritätenreihenfolge geht aber sofort wieder verloren, wenn eine Gegenüberstellung der in Regierungsverantwortung stehenden mit den oppositionell agierenden Bündnisgrünen erfolgt.

Einkommensunterschiede als Leistungsanreiz

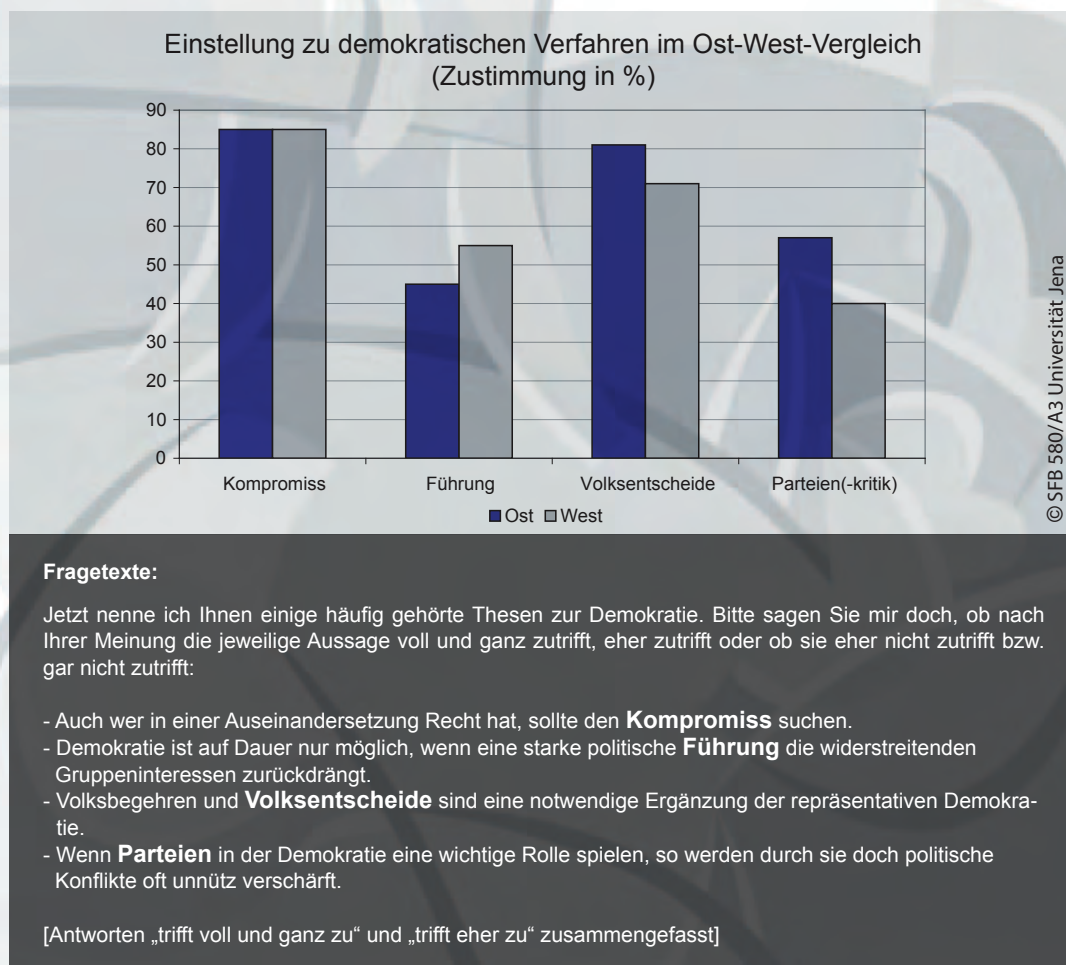
Betrachtet man alle befragten Parlamentarier, stößt Ungleichheit als Leistungsanreiz in beiden Teilen Deutschlands eher auf Ablehnung. Im Parteienvergleich lassen sich zwei klare Lager identifizieren. Christdemokraten und Liberale favorisieren meritokratische Prinzipien, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und vor allem die PDS lehnen sie eher ab. In beiden Fällen ergibt sich ein mit den politischen Prioritäten sehr konsistentes Bild. Durch eine auf Verringerung der sozialen Ungleichheit ausgerichtete Politik wird besonders von den CDU- und FDP-Abgeordneten eine Verminderung der Leistungsmotivation befürchtet. Weiterhin wird es von den Abgeordneten beider Parteien abgelehnt, die Erhaltung von Arbeitsplätzen zur staatlichen Aufgabe zu machen oder den sukzessiven Rückzug des Staates aus den sozialen Sicherungssystemen zu stoppen. Nimmt man alles zusammen, lässt sich für die Abgeordneten von CDU und FDP ein sehr starkes Vertrauen in die Mechanismen des freien Marktes konstatieren.

Abgeordnete der Sozialdemokraten, von Bündnis 90/Die Grünen und der PDS halten im Vergleich dazu bei allen drei inhaltlichen Punkten stärker an traditionellen sozialstaatlichen Vorstellungen fest. Dabei deuten besonders bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Zahlen auf eine Koexistenz zwischen stärker sozialstaatlichen und vorwiegend marktliberalen Orientierungen hin.



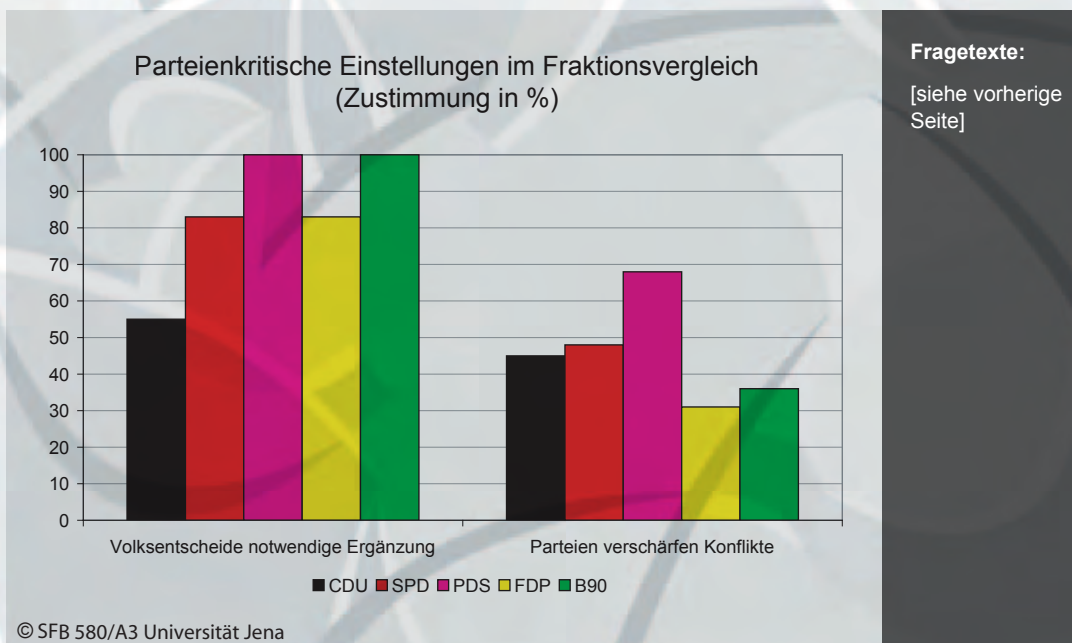
Bewertung politischer Verfahren

Zwar erschöpft sich die moderne Demokratie keinesfalls in Verfahren, aber Demokratie bedeutet gerade auch die Akzeptanz verbindlicher, oftmals verfassungsfest verankerter Entscheidungsverfahren. Idealerweise stehen bei Konflikten nicht die demokratischen Prozesse als solche zur Diskussion, sondern ihre Ausgestaltung und die Austarierung unterschiedlicher, prinzipiell demokratiekonformer Verfahrensweisen. Beispiele dafür sind das Spannungsverhältnis von Konflikt und Konsens, von politischer Führung und Repräsentation/Responsivität oder von repräsentativer und direkter Demokratie. Eine geringe Übereinstimmung der parlamentarischen Führungsgruppen in diesen Fragen würde auf einen eher schwach entwickelten Grundkonsens hindeuten. Bei den vier auf demokratische Verfahren bzw. das Demokratieverständnis bezogenen Fragen (siehe Fragetexte unter der Grafik) ergibt sich weitgehende Einigkeit in zwei Punkten: Jeweils eine überwältigende Mehrheit der Abgeordneten bekundet ihre politische Kompromissbereitschaft und hält eine direktdemokratische Ergänzung des repräsentativen Systems für notwendig. Gespalten zeigen sich die Befragten hingegen in ihrer Haltung zu einer starken politischen Führung und bei der Kritik an der Konflikte verschärfenden Parteipolitik.



Während sich ost- und westdeutsche Parlamentarier in ihrer Kompromissbereitschaft gleichen, treten bei allen anderen Fragen zum Demokratieverständnis mehr oder minder deutliche Unterschiede zu Tage. Die Abgeordneten in den neuen Ländern scheinen pluralismusfreundlicher, gegenüber den Parteien kritischer und für direkte Demokratie (noch) aufgeschlossener zu sein als ihre westdeutschen Kollegen. Die Ost-West-Unterschiede schmelzen jedoch auf ein statistisch unbedeutendes Niveau zusammen, wenn nach der Fraktionszugehörigkeit kontrolliert wird. Die Ost-West-Differenzen gehen demnach fast ausschließlich auf die starke Präsenz der PDS in den neuen Landesparlamenten zurück. Allein beim Statement zu den politischen Parteien bestehen erhebliche Unterschiede zwischen alten und neuen Ländern auch dann fort, wenn die PDS-Abgeordneten nicht berücksichtigt werden.

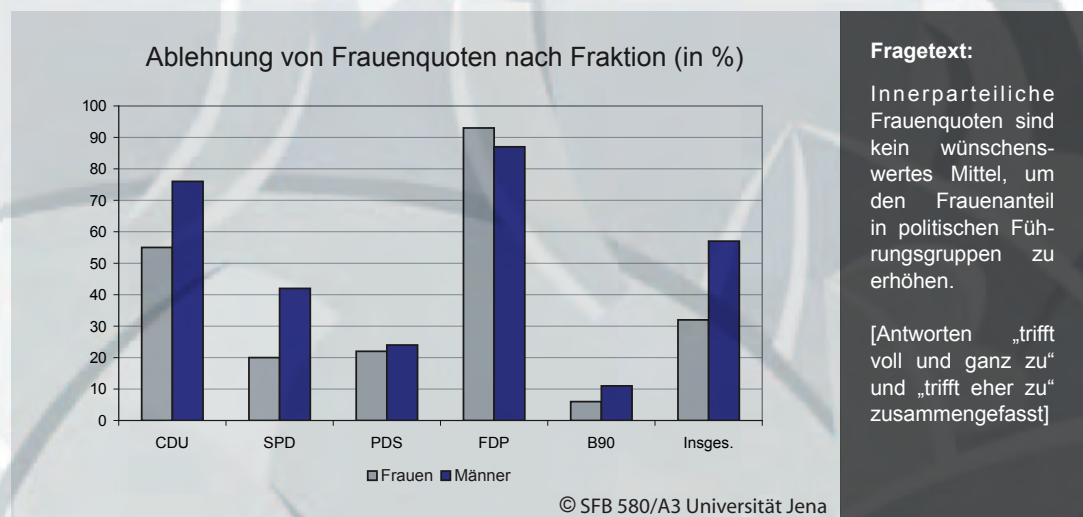
Die kritische Positionierung zu den politischen Parteien bedingt zugleich den einzigen markanten Unterschied zwischen den Ebenen. Die Landtagsabgeordneten gehen mit den Parteien deutlich schärfer ins Gericht als ihre Parlamentskollegen im Deutschen Bundestag. Die meisten Differenzen im Demokratieverständnis liegen jedoch in der Fraktionszugehörigkeit begründet. Die Grafik veranschaulicht dies für die beiden Aussagen, die eine skeptische Haltung gegenüber dem Parteienstaat zum Ausdruck bringen. Dass Volksbegehren und Volksentscheide die repräsentative Demokratie ergänzen müssen, wird ausnahmslos von allen Abgeordneten der PDS und der Bündnisgrünen gefordert. Dieses Ansinnen findet bei den Christdemokraten hingegen nur eine knappe Mehrheit auf der Landesebene; die befragten Bundestagsabgeordneten der Union lehnen es gar zu zwei Dritteln ab. Den Vorwurf an die Parteien wiederum, sie würden Konflikte unnütz verschärfen, erheben zwei von drei PDS-Abgeordneten, während er in keiner anderen Parlamentspartei von einer Mehrheit getragen wird.



Frauen im Parlament

Was noch vor wenigen Jahrzehnten Seltenheitswert hatte, ist seit den späten achtziger Jahren längst zur Selbstverständlichkeit geworden: Frauen in Parlamenten und auch in parlamentarischen Führungspositionen. Innerhalb von gut anderthalb Jahrzehnten hat sich der Frauenanteil in den Landtagen wie im Deutschen Bundestag je nach Ausgangsniveau verdoppelt oder sogar verdreifacht. Im Durchschnitt wird heutzutage jedes dritte Mandat von einer Frau eingenommen. Hat die unter dem Gender-Aspekt geradezu revolutionäre Veränderung der Sozialstruktur deutscher Parlamente auch zu gleichen Chancenstrukturen von Männern und Frauen geführt? Lassen sich jenseits der Fraktionsdisziplin frauenspezifische Wahrnehmungsmuster und Einstellungen nachweisen?

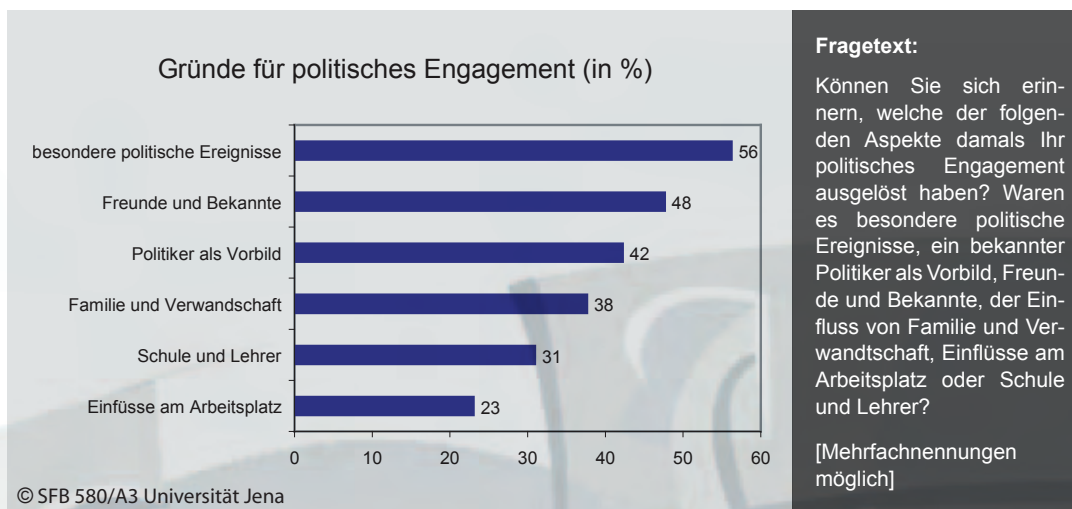
Eine Analyse des Antwortverhaltens von Frauen und Männern ergibt für die große Mehrzahl der Fragen kaum signifikante Abweichungen. Nur wenige Aussagen deuten noch auf besondere Zugangsbarrieren für Frauen hin. Zwar mussten weibliche Abgeordnete ihre Kandidatur häufiger als ihre männlichen Kollegen hart erkämpfen, dafür weisen sie aber auch weniger erfolglose Kandidaturen auf. Als wichtigste Eigenschaft eines Politikers nennen Frauen öfters Härte und Durchsetzungswillen - was als ein versteckter Hinweis auf besondere geschlechtsspezifische Hürden gedeutet werden mag. Überproportional häufig geben weibliche Abgeordnete die Unterstützung durch Binnengliederungen / Arbeitsgruppen der Partei an und verweisen zugleich darauf, dass sie als Repräsentantinnen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen nominiert worden sind.



Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang den Frauen- bzw. Geschlechterquoten zu, wie sie mittlerweile in sämtlichen Parteistatuten mit Ausnahme der FDP vorgesehen sind. Erwartungsgemäß wird dieses gender-politische Instrument von Frauen und Männern unterschiedlich bewertet. Zwei Drittel der Frauen begrüßen es, während sich eine deutliche Mehrheit der männlichen Abgeordneten ablehnend äußert. Auf breite Akzeptanz bei beiden Geschlechtern stoßen die Quotierungen allein bei Bündnisgrünen und PDS, während sich unter den CDU-Fraktionsmitgliedern sogar eine Mehrheit der (begünstigten) Frauen dagegen ausspricht.

Gründe politischen Engagements

Besondere politische Ereignisse wie die 68-er-Bewegung oder der Mauerfall waren für mehr als 56% der Befragten Initialereignis ihrer politischen Laufbahn. Interessant wird das Ergebnis vor allem nach einem Perspektivenwechsel. Begnügt man sich nicht mit der bloßen Deskription, sondern nutzt die Ergebnisse als Antwort auf die Frage, wie Menschen an aktive Politikausübung herangeführt werden können, dann steht die Motivation durch Freunde und Bekannte sowie durch herausragende Politiker als Vorbild an erster Stelle, da sich Initialereignisse wie 1968 oder 1990 nur schwerlich auf Abruf und vor allem nicht kontinuierlich konstruieren lassen.



Die folgende Tabelle zeigt die drei jeweils häufigsten Nennungen für die politischen Ereignisse einerseits und für die Politiker andererseits. Auch wenn die Nennungen der politischen Vorbilder ein Effekt der Befragungsausschöpfung in den einzelnen Fraktionen sind und Helmut Kohl nur CDU-Parlamentariern Vorbild war, ist bemerkenswert, dass Willy Brandt auch von Abgeordneten der CDU, FDP, PDS und Bündnis 90/Die Grünen genannt wurde.

© SFB 580/A3 Universität Jena

	Ostdeutsche Abgeordnete	Westdeutsche Abgeordnete
Besondere politische Ereignisse	<ol style="list-style-type: none"> 1. Wiedervereinigung 2. Unzufriedenheit mit politischer Situation in DDR 3. Mauerbau 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Ostpolitik von Willy Brandt 2. 68-er-Bewegung 3. NATO - Doppelbeschluss
Politiker als Vorbild	<ol style="list-style-type: none"> 1. Willy Brandt 2. Helmut Kohl 3. Helmut Schmidt 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Willy Brandt 2. Helmut Kohl 3. Konrad Adenauer

Fragetexte:
Welche besonderen politischen Ereignisse haben Ihr politisches Engagement ausgelöst?
Welche bekannten Politiker haben Ihr politisches Engagement ausgelöst?

Mandat und Beruf

Dem Eintritt ins Parlament gehen – sieht man vom Sonderfall der ostdeutschen Gründungswahlen 1990 ab – zumeist eine jahrelange Parteimitgliedschaft, die Ausübung von Parteifunktionen und oftmals auch die Übernahme von kommunalen Mandaten voraus. Die sprichwörtliche Ochsentour als (innerparteiliche) Qualifikationsanforderung für eine aussichtsreiche Nominierung bedeutet jedoch keinesfalls, dass Abgeordnete dem „normalen“ (Berufs-)Leben entfremdet sind. Fast alle Parlamentarier verfügen über mehr oder minder umfangreiche berufliche Erfahrungen außerhalb der Politik; nur für eine kleine Minderheit ist die Politik schon vor dem Abgeordnetendasein die Haupterwerbsquelle gewesen. Insofern bedeutet die Wahl ins Parlament für die meisten Kandidaten in beruflicher Hinsicht eine Zäsur. Welche Veränderungen ergeben sich aber mit der Übernahme eines Mandats im Vergleich zum zuvor ausgeübten Beruf?

Berufsprestige

“Das Berufssehen der Politiker auf neuem Tiefpunkt“ lautet die Überschrift eines Berichtes vom Allensbacher Institut für Demoskopie über das Prestige ausgewählter Berufe. In den Augen der Bevölkerung haben nur noch Gewerkschaftssekretäre und Buchhändler ein schlechteres Image. Aus der Perspektive der Abgeordneten ergibt sich dagegen ein anderes Bild: Einen Prestigege Gewinn gegenüber dem eigenen früheren Beruf sehen immerhin mehr als 43% der Gewählten; dieser Befund gilt für Ost wie West, Landes- wie Bundesparlamentarier.

Arbeitsaufwand

Hinsichtlich des Arbeitsaufwands klaffen zwischen der Abgeordnetentätigkeit und dem früherem Beruf Welten. Jeweils sieben von zehn ostdeutschen Landtagsabgeordneten und Mitgliedern des Bundestags bekunden, dass sie in ihrem Leben noch nie so viel gearbeitet haben; in den westdeutschen Landtagen ist der Anteil geringfügig niedriger. Auch wenn manche dieser Auskünfte etwas geschönt sein mögen, kann vor diesem Hintergrund nicht überraschen, dass eine überwältigende Mehrheit das Abgeordneten-Sein als einen Beruf betrachtet.

Veränderungen im Vergleich zum früheren Beruf

(Angaben in %; Basis: Abgeordnete, die vor Mandat einen Beruf ausgeübt haben)

		mehr Prestige ¹	mehr Geld ²	mehr Arbeit ³
Landtag	Ost	43	56	71
	West	44	36	63
Bundestag	Ost	49	73	72
	West	43	53	70

© SFB 580/A3 Universität Jena

Fragetexte:

1. Als Abgeordnete(r) verfüge ich über ein höheres Ansehen als in meinem früheren Beruf.
2. Auch wenn ich alle Aufwendungen berücksichtige, verdiene ich als Abgeordnete(r) mehr als in meinem früheren Beruf.
3. In meinem bisherigen beruflichen Leben habe ich noch nie so viel gearbeitet wie als Abgeordnete(r).

[Antworten „trifft voll und ganz zu“ und „trifft eher zu“ zusammengefasst]

Einkommen und Arbeitsbelastung

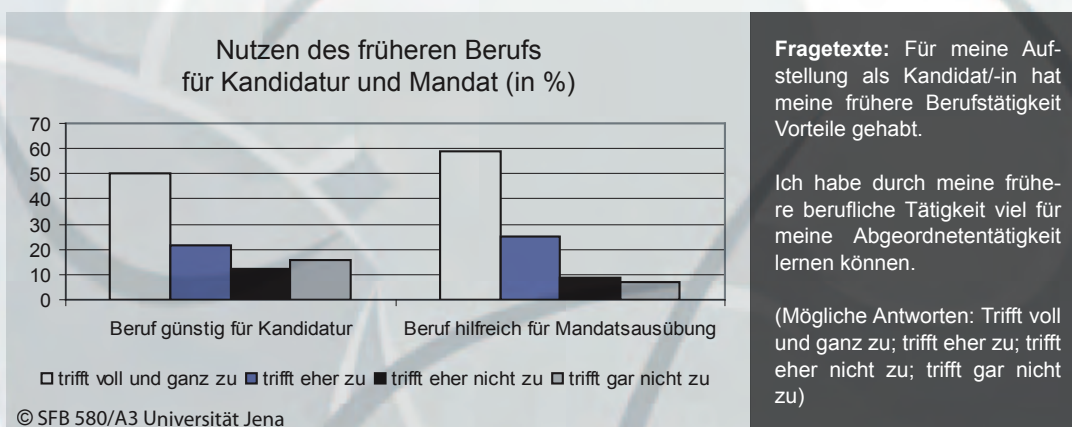
Unterscheiden sich die Befragten in Land- und Bundestag bei ihrer Einschätzung von Ansehen und Arbeitsaufwand kaum, so treten bei der Bewertung des Verdienstes beträchtliche Unterschiede zu Tage. Eine deutliche Mehrheit der Bundestagsabgeordneten sieht sich auch bei Berücksichtigung der besonderen Aufwendungen als Parlamentarier besser bezahlt als zuvor, bei den Mitgliedern der Landtage ist es nur knapp die Hälfte. Diese Differenz im Ebenenvergleich steht offensichtlich mit den unterschiedlich hohen Diäten von Bundes- und Landesparlamentariern im Zusammenhang. Mit 20 Prozentpunkten fallen die Ost-West-Unterschiede noch deutlicher aus, was auf die niedrigeren Löhne in Ostdeutschland bei annäherungsweise gleicher Höhe der Abgeordnetenentschädigung und Kostenpauschale in den untersuchten Landtagen zurückzuführen ist.

Nimmt man die Abgeordneten beim Wort, so scheint ein Parlamentssitz im Vergleich zum zuvor ausgeübten Beruf wenig attraktiv: Die Arbeitsbelastung ist höher, mehr Ansehen ist damit nicht zu gewinnen und im Falle der Landtagsabgeordneten lohnt sich das Mandat nicht einmal finanziell. Demnach müssen andere Motive wie etwa die Durchsetzung politischer Zielvorstellungen den Ausschlag für den „Berufswechsel“ geben.

Beruf und Kandidatur

Mehr als 70% der befragten Abgeordneten empfanden die Kenntnisse und Erfahrungen aus ihrem Beruf vor Mandat als unterstützend bei Kandidatur und Mandatsausübung, was verdeutlicht, dass es prinzipiell als vorteilhaft empfunden wurde, einen Beruf vor dem Mandat ausgeübt zu haben. Differenziert man hierbei noch nach einzelnen Berufsgruppen, waren insbesondere politiknahe, akademische Berufe bei der Aufstellung zum Kandidaten und der Mandatsausübung hilfreich.

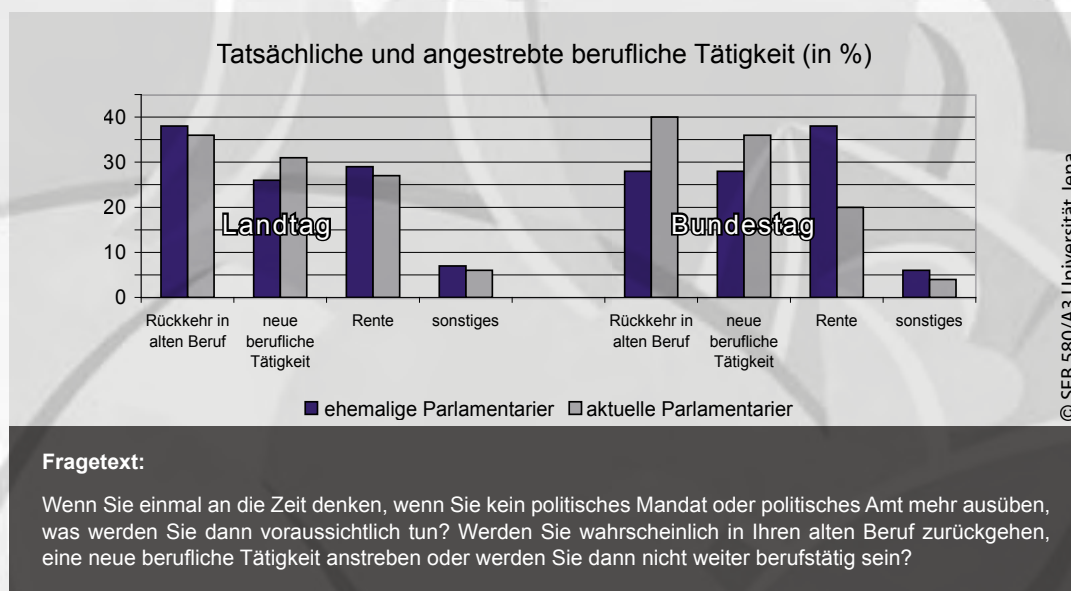
Als wichtigster Nominierungsgrund wurde unabhängig von der Parteizugehörigkeit die Anerkennung der eigenen Person genannt, was Persönlichkeitsfaktoren stark in den Vordergrund rückt. Erst an zweiter Stelle folgt das Repräsentieren bestimmter Interessengruppen durch den Kandidaten. Außer bei FDP und PDS spielten Kenntnisse und Expertenwissen eine eher untergeordnete Rolle. Nur sehr geringen Einfluss auf die Aufstellung zur Wahl hatten nach Meinung der Abgeordneten Verdienste für Partei und parteinahe Organisationen. Im Ost-West-Vergleich repliziert sich dieses Bild mit einer leicht stärkeren Akzentuierung des Expertenwissens durch die ostdeutschen Abgeordneten.



Berufliche Zukunft nach Mandat

Landtagsabgeordnete scheidet im Durchschnitt mit ungefähr 53 Jahren aus dem Parlament aus, Bundestagsabgeordnete etwa drei Jahre später. Beide Austrittsalter liegen zwar deutlich unter der staatlichen Pensionsaltersgrenze, aber in vielen Parlamenten haben die Abgeordneten nach sechs- bzw. achtjähriger Parlamentszugehörigkeit ab dem 55. Lebensjahr Ansprüche auf Altersversorgungsbezüge. Es stellt sich somit die Frage, ob Parlamentarier nach ihrem Mandat noch beruflichen Tätigkeiten nachgehen. Das Untersuchungsdesign dieser Studie (siehe Seite 4) ermöglicht bei der Untersuchung dieser Frage die erwarteten Tätigkeiten nach Mandat aktueller Abgeordneter mit den tatsächlichen Tätigkeiten nach Mandat ehemaliger Parlamentarier in Verbindung zu bringen.

Hinsichtlich der erwarteten Tätigkeiten nach Mandatsende gibt es keine nennenswerten Unterschiede zwischen Landes- und Bundeparlamentariern. Eine Rückkehr in den alten Beruf ist bei beiden Gruppen bevorzugtes Ziel, gefolgt von dem Wunsch, eine neue berufliche Tätigkeit aufzunehmen. Im Ebenenvergleich zeigt sich aber auch, dass die tatsächlichen beruflichen Ausichten nach dem Mandat unterschiedlich gut mit den Intentionen übereinstimmen. Dabei haben die Landtagsabgeordneten ein wesentlich realistischeres Bild ihrer beruflichen Zukunft als die Bundeparlamentarier. Der Vergleich zwischen ehemaligen und aktuellen Abgeordneten auf der Bundesebene zeigt, dass es einem wesentlich geringen Prozentsatz als angestrebt gelungen ist, wieder in einem Beruf Fuß zu fassen.



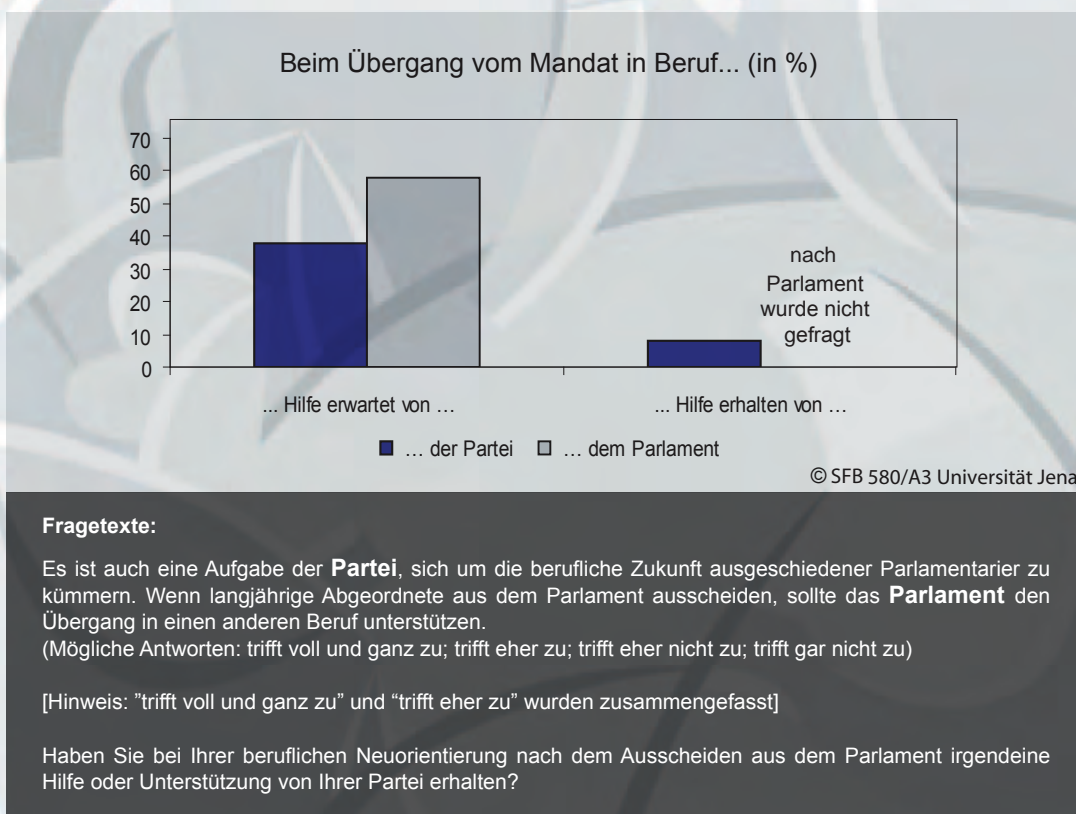
So dramatisch diese Erkenntnisse aber auf den ersten Blick erscheinen, umso beruhigender dürfte die Erklärung der gefundenen Diskrepanzen sein. Viele Abgeordnete verbleiben einfach länger im Mandat, als sie ursprünglich geplant hatten und können so direkt vom Mandat in die Pensionierung wechseln. Bundeparlamentariern gelingt das zudem noch häufiger als ihren Kollegen auf der Landesebene.

Diese Bild unterstreicht ebenfalls sehr deutlich, dass die politische Karriere und auch die parlamentarische Laufbahn und Laufzeit generell schwer einschätzbar und planbar sind, was auch von mehr als 70% der ehemaligen Abgeordneten bestätigt wird.

Nicht verschwiegen werden soll an dieser Stelle, dass auch Parlamentarier von (zumindest zeitweiliger) Arbeitslosigkeit bedroht sind, wenngleich dieses Schicksal nur einen relativ kleinen Personenkreis von ca. sieben Prozent ereilt. Jeder zwölfte Landesparlamentarier und jeder fünf- und zwanzigste Bundesparlamentarier sind bisher nach dem Mandat arbeitslos geworden. Nach Ost-West differenziert zeigt sich, dass ostdeutsche Parlamentarier nach dem Ausscheiden aus dem Parlament einem deutlich höheren Risiko unterworfen sind, arbeitslos zu werden. Allerdings sei nochmals darauf hingewiesen, dass Arbeitslosigkeit unter ehemaligen Parlamentariern ein seltenes Phänomen ist.

Nichtsdestoweniger stellt sich die Frage, inwieweit Parlamentarier beim Übergang vom Mandat in den Beruf Hilfe von Partei oder Parlament erwarten und im Falle der Partei auch erhalten haben.

Fast 60% aller befragten Mandatsträger gaben an, dass das Parlament beim Übergang in einen anderen Beruf Unterstützung leisten sollte. Dagegen wollen nur 38% die Partei in die Pflicht nehmen. Wohl wissentlich, dass bei den befragten ehemaligen Parlamentariern die Partei nur bei knapp acht Prozent Hilfestellung leistete.



Projektteam

Projektleitung

Prof. Dr. Heinrich Best
Institut für Soziologie



Prof. Dr. Karl Schmitt
Institut für Politikwissenschaft

Mitarbeiter

Dr. Michael Edinger
Tel. +49 (0)3641-9 45055
Fax +49 (0)3461-9 45052
E-mail: s6edmi@nds.rz.uni-jena.de



Dipl.-Soz. Stefan Jahr
Tel. +49 (0)3641-9 45054
Fax +49 (0)3461-9 45052
E-mail: stefanjahr@gmx.de

Adresse:



Friedrich-Schiller-Universität Jena
Sonderforschungsbereich 580
Teilprojekt A3:
Delegationseleiten nach dem Systembruch
Carl-Zeiss-Straße 2
D-07743 Jena

Layout | Satz | Druck by



Layout | Fotos | Video | 3D Visualisierung

Ansprechpartner Jarno Müller
Thomas-Müntzer Weg 1
(D) 09247 Kändler

Mobil +49 (0) 177 68 510 55
Fax +49 (0) 3722 94 86 23
E-Mail jarnomueller@web.de
Homepage www.grafiker.org

Die folgenden länderspezifischen Abgeordnetenstudien sind im SFB 580 unter www.sfb580.uni-jena.de/a3 als PDF-Broschüre abrufbar.

Baden-Württemberg
Berlin
Brandenburg
Bundestag
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Rheinland-Pfalz*
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen

* Teilstudie



www.sfb580.uni-jena.de/A3